



STELLUNGNAHME:

KOMMUNALPOLITISCHES EHRENAMT UND POLITISCHE PARTIZIPATION STÄRKEN

Schriftliche Anhörung Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“

Düsseldorf, 25.11.19

1. Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessengruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

Die kommunalen Parlamente sind überaltert. Dies belegt nicht zuletzt eine Umfrage¹ der *WDR Lokalzeit* vom September 2018, wonach nur 11,4 Prozent der Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen unter 40 Jahre alt sind. Dementsprechend gibt es wenig Berührungspunkte. Kommunalpolitik liegt aus vielerlei Gründen fern für Jugendliche. Wenn sich diese für Politik interessieren, dann zumeist für die „großen Themen“ der Bundes- und Weltpolitik. Viele Jugendliche sehen für sich keine Ergebnisse in der Kommunalpolitik, da Verfahrensabläufe dauern. Wer sich mit 16 Jahren z.B. einen Nachtbus oder einen neuen Skatepark für seine Stadt wünscht, profitiert nach Jahren der möglichen Realisierung oft nicht mehr direkt davon.

2. Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?

Für die Jugendorganisation der Alternative für Deutschland (AfD) liegt die gesonderte Situation vor, dass die uns nahestehende Partei in NRW aktuell nur über wenige kommunale Vertretungen verfügt. Damit fehlen Ansprechpartner vor Ort, die Jugendliche beispielsweise über Veranstaltungen, Praktika oder Nebenjobs an die Kommunalpolitik heranführen könnten. Auch die Möglichkeit, als sachkundiger Bürger in einem kommunalen Ausschuss tätig zu sein und in die Politik hinein zu schnuppern, entfällt damit. Dieser strukturelle Vorteil anderer Parteien und Jugendorganisationen wird sich nach dem 13. September 2020 abschwächen, wenn die AfD flächendeckend zur Kommunalwahl antritt. Auch aufgrund der kommunalpolitischen Unerfahrenheit ver-

¹ Vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kommunalparlamente/lokal-politisch-jung-nachricht-100.html>.

sprechen wir uns eine regelrechte Aufbruchsstimmung neuer Kommunalpolitiker, darunter hoffentlich viele junge Menschen. Ungeachtet dessen bleiben die typischen Gründe, weshalb ein auf langfristige Verpflichtung angelegtes Engagement für viele junge Menschen erstmal nicht in Frage kommt. Junge Leute sind mobil, ziehen zum Studium oder für den Arbeitsplatz in andere Städte oder zum Erasmus-Semester ins Ausland. Neben der Arbeit, dem Studium oder der Ausbildung bleibt oftmals keine Zeit für ein solch zeitintensives Engagement. Im Rahmen von Selbstfindung und Selbstverwirklichung wechseln Interessen und Prioritäten häufig. Kommunalpolitik erscheint oft als eher unattraktiv und zu unflexibel für den eigenen aktuellen Lebensentwurf.

3. Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

Eine Schlüsselrolle spielen die politischen Parteien. Es liegt an wohlwollenden Verantwortungs-trägern, auch jungen Leuten Chancen zu geben, die oftmals nicht über die Netzwerke verfügen, um sich auf aussichtsreiche Listenplätze zu „klüngeln“. Dabei sollte es Parteien gelegen sein, durchmischte Fraktionen aufzustellen, weil so auf unterschiedliche Potenziale zurückgegriffen werden kann. Politik erfordert zudem Zeit und langfristigen Aufwand, für den junge Menschen neben Schule, Ausbildung und Universität oftmals keine Kapazitäten haben. Eine Möglichkeit, die Situation strukturell zu verbessern, wäre eine flexiblere Anrechenbarkeit kommunalpolitischen Engagements, z.B. für Credit Points, Urlaubssemester, als Uni-Praktikum, für Stipendien usw.

4. Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

Häufige Sitzungen, Vor- und Nachbereitungen, teilweise bis spät in die Nacht hinein, belasten das Privatleben. Als „Feierabendpolitiker“ bleibt wenig Zeit für Familie, Freunde oder einen Nebenjob. Bei letzterem Punkt könnten finanzielle Einbußen entstehen, die die Aufwandsentschädigungen im Rahmen der Kommunalpolitik nicht kompensieren können. Kandidaten und Funktionäre der AfD müssen zudem mit Stigmatisierung und handfesten Problemen in Studium und Beruf rechnen – auch auf kommunaler Ebene. Deutschlandweit sind unzählige Fälle bekannt, in denen beispielsweise „Outings“ in der Nachbarschaft², Beschmutzungen von Häuserfassaden³ oder gar das Abfackeln von Autos⁴ von linksextremen Gruppierungen verübt wurden. In bestimmten Städten ist ein normaler Wahlkampf nicht möglich: Infostände können nur unter Polizeischutz stattfinden, Plakate werden systematisch vernichtet. Für Kommunalpolitiker, die ehrenamtlich tätig sind, stellen diese Umstände eine enorme Belastung dar. Gerade junge Leute, die ihr Berufsleben

² Vgl. u.a.: <https://www.fnp.de/frankfurt/steckbriefen-gegen-rassisten-10492348.html>.

³ Vgl. u.a.: <https://www.solinger-tageblatt.de/solingen/haus-afd-kandidat-farbe-beworfen-8705239.html>;

⁴ Vgl. u.a.: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/afd-wahlfahrzeuge-in-essen-ausgebrannt-100.html>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-salzwedel-brandanschlag-1.4543359>; <https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/meissen-brandanschlag-auf-afd-autos-in-sachsen-64696394.bild.html>; <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/berlin-brandanschlag-afd-beatrix-von-storch>.

noch vor sich haben und entsprechend viel zu verlieren haben, die sich oftmals auch einem höheren sozialen Druck in der Familie und der Peergroup ausgesetzt sehen, scheuen sich deshalb davor, für die AfD als ehrenamtlicher Mandatsträger Gesicht zu zeigen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Änderung von § 30 der Kommunalwahlordnung (KWahlO), wonach bei für die Wahlbezirke zugelassenen Wahlvorschlägen statt der vollständigen Anschrift in Zukunft nur noch der Wohnort mit Postleitzahl öffentlich anzugeben ist. Auch Vertreter anderer Parteien müssen sich beim Wahlkampf (Infostände, Flyern, usw.) Schmähungen aufgrund allgemein verbreiteter Vorurteile gegen Politik und Politiker gefallen lassen, die für Ehrenamtliche besonders undankbar sind.

5. Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

Die kommunalen Internetauftritte und Ratsinformationssysteme sind oftmals wenig intuitiv und schwerfällig. Für lokalpolitisch Interessierte wirken die Internetauftritte zur Ratspolitik kaum einladend. Vor allem die Transparenz kommunalpolitischer Abläufe kann durch Digitalisierung erhöht werden. So muss es Bürgern auch möglich sein, z.B. an Fragerunden per Videozuschaltung mit Ratspolitikern zu interagieren. Eine Bürger-App kann die Interaktion mit der Verwaltung spürbar entbürokratisieren.⁵ Probleme, Missstände oder Anregungen können per Smartphone direkt an die zuständige Verwaltungsabteilung geschickt werden. Starre Öffnungszeiten und lange Wartezeiten stellen gerade für Berufstätige und Eltern mit kleinen Kindern eine hohe Hürde dar.

6. Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z.B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

Wie in Antwort 2 bereits dargelegt, verfügen ältere Mandatsträger in der Regel über stabilere und verlässlichere Lebensbedingungen als junge Menschen. Dieser Umstand lässt sich kaum institutionell lösen. Zu empfehlen wären äquivalente Planspiele zum „Jugend-Landtag“ oder zu „Jugend im Parlament“ im Bundestag. So könnten Jugendliche an parlamentarische Abläufe auch auf kommunaler Ebene herangeführt werden. Ansonsten müssen Wege gefunden werden, kommunalpolitisches Engagement im Rahmen von beruflicher Ausbildung und Studium besser zu berücksichtigen.

7. Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

⁵ Vgl. <https://kommunal.de/die-buerger-app-fuer-alle-faelle>.

Die möglicherweise geringe Wertschätzung rührt insbesondere daher, dass Kommunalpolitik i.d.R. sehr fern für die Menschen ist – gerade für junge Menschen. Wie Rats- und/oder Gemeindepolitik grundsätzlich abläuft, ist den meisten überhaupt nicht bekannt. Die wenigsten lesen die regionale Tageszeitung. Darüber hinaus gibt es oftmals keine attraktiven Online-Portale, in denen man sich über lokalpolitisches Geschehen informieren könnte. Die aktuelle Shell-Jugendstudie 2019⁶ hat erneut belegt, dass die politische Sozialisierung von Jugendlichen sehr von soziokulturellen Kontexten abhängt, d.h. Jugendliche aus bildungsnahem Elternhaus werden wie selbstverständlich an Politik, Stadtgesellschaft, das Lesen von Zeitungen, der Befassung mit „langweiligen“ Lokalthemen herangeführt, Jugendliche aus eher bildungsfernem Elternhaus i.d.R. überhaupt nicht. Kommunen und Gemeinden müssen sich Gedanken machen, wie sie insbesondere Jugendliche schichtübergreifend besser erreichen können. Kooperationen mit ortsansässigen Schulen, z.B. durch Workshops, Podiumsdiskussionen oder Wettbewerbe wären ein gangbarer Weg. Abschreckend wirken Politskandale auf Landes- und Bundesebene, die die Kommunalpolitik vor Ort diskreditieren. Doch auch weniger prominente Fälle in der Ratspolitik, die den Beigeschmack von Korruption und Klüngel tragen, wirken abschreckend, siehe jüngst z.B. Stadtwerke-Affäre von MdL Martin Börschel (SPD), ehemaliger Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Köln⁷, oder die Causa der Hotelbetreiberin und CDU-Politikerin Andrea Horitzky (ebenfalls Köln).⁸

8. Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

Um Kommunalpolitik für junge Leute attraktiver zu machen, könnten Kommunen über neue Wege der Berichterstattung und der Auffrischung festgefahrener Abläufe nachdenken. Die Einstellung von medienkompetenten Influencern wurde durch Kommunen schon erfolgreich getestet.⁹ Multimediale Workshops an Schulen und in Jugendzentren oder Werbeoffensiven am Berufskolleg und an der Universität sind ein gangbarer Weg, um zeitgemäß für kommunalpolitisches Engagement zu werben. Hier sollten Land und Kommunen über effizientere Nutzung ihrer Budgets für politische Bildungsarbeit nachdenken.

⁶ Vgl. Mathias Albert, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel: 18. Shell-Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim 2019.

⁷ Vgl. <https://www.welt.de/regionales/nrw/article175837238/SPD-Mann-Martin-Boerschel-soll-Stadtwerke-Chef-werden.html>; <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/koelner-kluegel-martin-boerschels-aufstieg-gestoppt-15568657.html>.

⁸ Vgl. <https://www.rundschau-online.de/region/koeln/koeln-archiv/vertrag-unkuendbar-stadt-zahlt-bis-zu-2-7-mio-euro-fuer-fluechtlingshotel-an-politikerin-29996778>.

⁹ Vgl. <https://www.br.de/puls/themen/leben/stadt-hof-legt-sich-eigene-influencerin-zu-100.html>; <https://kommunal.de/influencer-erfolgreich>.

9. Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?

Wie in Antwort 3 bereits dargelegt, verfügen hier vor allem die Parteien über eine Schlüsselrolle. Professionell geführte Jugendorganisationen können ihren Teil dazu beitragen, den Mutterparteien zu zeigen, welchen Wert sie besitzen, z.B. in der Ansprache und Einbindung junger Politikinteressierter, über bessere Medienkompetenz, etwa in den sozialen Medien, oder über die konstruktive, gerne zuweilen provokante programmatische Einmischung. Immer wieder aufkommende Forderungen nach Quotierungen von Wahllisten im Rahmen von Paritätsgesetzen und vergleichbaren Maßnahmen lehnen wir ab, da solche Vorhaben gegen fundamentale demokratische Grundsätze der freien und gleichen Wahl verstoßen.¹⁰ Wir brauchen keine Quoten-Jugendlichen, jedoch einen auf Leistungsprinzip und Freiwilligkeit basierenden Mentalitätswandel, der die angemessene Repräsentanz auch junger Generationen in kommunalen Vertretungen befördert. Eine etwaige Absenkung des passiven Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre lehnen wir ab. Hier gilt die gleiche Kritik wie bei unserer Ablehnung gegenüber einem Wahlrecht ab 16 auf Landesebene.¹¹ Es ist jungen Menschen in NRW zuzumuten, bis zur Volljährigkeit zu warten, um bei Kommunalwahlen kandidieren zu dürfen. Das heißt nicht, dass sie sich nicht politisch engagieren sollen. Im Gegenteil.

Kontakt:

Carlo Clemens (Landesvorsitzender)

E-Mail: carlo.clemens@jungealternative-nrw.de

¹⁰ Vgl. <https://jungealternative-nrw.de/aktuelles/2019/11/paritaetsgesetz-frauenquoten-schaffen-quotenfrauen-sonst-nichts/>.

¹¹ Vgl. <https://jungealternative-nrw.de/aktuelles/2019/10/wahlrecht-ab-16-wir-sind-dagegen/>.